K-3 Solidarität grenzenlos!

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 25.09.2023
Tagesordnungspunkt: K Solidarität grenzenlos!

Antragstext

Massive Brände in Griechenland, Kanada und auf Hawaii. Gleichzeitig verheerende Unwetter und Überflutungen in Deutschland, Kalifornien und Libyen - abwechselnd mit extremer Hitze und Trockenheit. Die Klimakrise ist überall angekommen. Dass die Antwort hierauf nicht nur auf nationaler Ebene erfolgen kann, ist mittlerweile allen bewusst.

Genauso ist es mit anderen globalen Krisen: Menschen müssen sich entscheiden, ob sie in Kriegsgebieten bleiben oder sich auf eine möglicherweise tödliche Flucht begeben. Während die Konzentration von Vermögen in den Händen weniger immer weiter zunimmt, müssen sich Milliarden Menschen weltweit fürchten, dass es kein soziales Sicherungsnetz gibt, was sie auffängt.

Immer mehr Nationalstaaten wollen Probleme nur national und auf Kosten anderer lösen. Für uns ist aber klar: **Es braucht wieder mehr internationale Solidarität – Es braucht einen starken Internationalismus!**

Die Welt, die uns umgibt…

Die Globalisierung hat zweifelsfrei Vorteile gebracht: Ein steigendes Warenangebot, weltweite Austauschprogramme, mehr internationale Kommunikation und noch vieles mehr. Allerdings ist die Kehrseite der Globalisierung unübersehbar: Globale Konzerne versetzen Beschäftigte weltweit in Lohnkonkurrenz, ganze Sektoren wandern vom einen auf den anderen Tag ab und lassen Millionen Menschen arbeitslos zurück, im internationalen Wettbewerb werden Gewerkschaften nach und nach geschwächt, weltweit zerstören Riesenkonzerne unsere Lebensgrundlage und weltweit wird der gesellschaftliche Wohlstand vor allem hin zu einigen wenigen Superreichen umverteilt. Diese Entwicklung ist eine Konsequenz des globalen Kapitalismus, der große Konzerne immer weiter begünstigt, anstatt den Bedürfnissen der Menschen nachzukommen.

Die Auswirkungen des globalen Kapitalismus werden an den Finanzmärkten so deutlich wie an kaum einem anderen Ort: Einzelne Investmentfonds können durch

den Aufkauf eines Unternehmens entscheiden, ob morgen Arbeitsplätze gekürzt werden. Überall auf der Welt werden Boden und Natur zu einer Finanzanlage, die ausgebeutet wird und dazu führt, dass Menschen vertrieben werden. Selbst die Wohnungen, in denen wir leben, gehören immer häufiger großen Wohnungskonzernen, die Profite mit unserer Miete machen. Diese Umstände sind eine Konsequenz von Finanzmärkten, in denen riesige Mengen an Geld in Millisekunden hin- und hergeschoben werden und am Ende Einfluss auf unser Leben hat.

Während Konzerne auf der Suche nach günstigeren Steuern im Eiltempo nationale Grenzen überwinden können, sind es die Menschen, die an denselben Grenzen nach ihrer Verwertbarkeit durchgelassen werden. Wer als Arbeitskraft „wertvoll“ ist oder wer es „verdient“ zu fliehen, wird an kapitalistischen Maßstäben gemessen. Der Ruf von Arbeitgebern nach erleichterter Fachkräfteeinwanderung wird immer lauter, während Stimmung gegen diejenigen gemacht wird, die im Angesicht von Kriegen und Krisen bisher nicht die Chance auf eine Ausbildung hatten. Dabei ist es gerade die historisch gewachsene Ungerechtigkeit, die ganze Regionen in Abhängigkeit und Krisen bis hin zu Kriegen stürzt und Menschen dazu zwingt, ihre Heimat zu verlassen.

Im Angesicht dieser Krisen und Ungerechtigkeiten tragen Regierungen kaum zu ihrer Eindämmung bei. Anstatt der Ausbeutung von Mensch und Natur ein Ende zu setzen, werden Deals über grünen Wasserstoff in Nordafrika, Minen in Chile oder LNG in Katar abgeschlossen. Gleichzeitig stützen internationalen Institutionen wie der Internationale Währungsfonds oder die Weltbank koloniale Dynamiken und Abhängigkeiten des Globalen Südens vom Globalen Norden, indem sie eine ungerechte Sparpolitik durchsetzen, die auf Kosten der Menschen vor Ort geht. Auch die Europäische Union ist daran unbeteiligt. Erst zuletzt haben wir am Migrationsdeal mit Tunesien gesehen, dass die EU sogar bereit ist, Deals mit Autokraten einzugehen, die einen rassistischen Polizeistaat führen, um die Migrationsbewegung zu unterbinden. Und anstatt im Angesicht multipler globaler Krisen in Krisenprävention, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe zu investieren, müssen wir einem globalen Hochrüsten und einer zunehmenden Blockkonfrontation in die Augen sehen.

Angesichts der globalen Krisen sehen wir in immer mehr Ländern die Tendenz zu abschottenden Nationalstaaten. Das kann aber nicht die Lösung sein! Denn das Problem liegt nicht in der Globalisierung an sich, sondern am globalen Kapitalismus. Deshalb ist unsere Antwort: Solidarität und Internationalismus!

Die Welt, für die wir kämpfen…

Wir wollen in einer Welt leben, in der alle Menschen frei und selbstbestimmt leben können, unabhängig davon, wo sie geboren sind. Wir wollen in einer Welt leben, in der niemand von Zuhause fliehen muss.

Wir wollen eine Welt, in der die Grundbedürfnisse aller Menschen jederzeit

gewährleistet sind. Alle Menschen auf der Welt verdienen es, frei von Hunger zu leben, eine gute Gesundheitsversorgung zu haben, ein Dach über dem Kopf und eine gute Anbindung an alles, was sie zum Leben brauchen.

Wir wollen in einer friedlichen Welt leben. Frieden ist für uns mehr als die Abwesenheit von Waffengewalt, es ist die Abwesenheit von Gewalt und Herrschaft übereinander. Das bedeutet sowohl, dass Autokraten keine Angriffskriege starten, als auch dass alle Menschenrechte jederzeit gewahrt sind - auch die Sozialen.

Wir wollen in einer Welt leben, in der die planetaren Grenzen unserer Lebensgrundlage geachtet werden, sodass jetzige und kommende Generationen überhaupt die Aussicht auf ein Leben in Frieden, Freiheit und Solidarität haben können.

Wir wollen eine Welt, in der weder Menschen noch Staaten in ständiger Konkurrenz zueinander stehen. Wir wollen eine Welt, in der wir kooperieren, um das bestmögliche Leben für uns alle zu schaffen. Wir streben eine Welt an, die nicht durch nationalstaatliche Grenzen definiert ist, sondern durch die globale Gemeinschaft aller.

Wir wollen in einer demokratischen Welt leben, in der Menschen über alles, was sie betrifft, mitentscheiden können und in der Antidemokraten keine Chance mehr haben.

Wir kämpfen für eine gerechte Welt!

Diese Vorstellung einer gerechten Welt wird sich nicht morgen realisieren lassen. Wir sehen aber an so vielen Orten weltweit, wie Menschen diese Umstände nicht hinnehmen wollen: Die mutigen Menschen im Iran, die für Freiheit, Gleichheit und Demokratie gegen das brutale Regime auf die Straße gehen, die Beschäftigten des GKN-Werkes in Florenz, die ihre Fabrik gegen die Pläne eines britischen Investmentfonds besetzen, die Beschäftigten bei Amazon, die sich global über Grenzen hinweg gegen prekäre Arbeitsverhältnisse organisieren und Klima-Aktivist*innen in Bosnien, die sich gemeinsam mit den Minenarbeiter*innen gegen ausländische Investitionen und für gute, klimafreundliche Arbeitsplätze organisieren. Sie alle schlagen zurück gegen die Auswirkungen des globalen Kapitalismus und auch wir sind ein Teil davon! Wir stehen solidarisch an der Seite derer, die sich für eine gerechte Welt und gegen Autokraten einsetzen. Für uns ist deshalb auch klar: Wir stehen weiter solidarisch an der Seite der Menschen in und aus der Ukraine!

Wir kämpfen weiter für eine gerechte Welt. Als internationalistischer Jugendverband kämpfen wir für ein gutes Leben aller Menschen - egal ob in Bogotá, in Baku oder in Berlin. Auch wenn wir mit den Bergleuten am Steinkohletagebau in Kolumbien auf den ersten Blick nur wenig gemein haben, haben wir ein gemeinsames Interesse daran, dass unsere Bedürfnisse anstatt die

Profitinteressen einiger weniger im Mittelpunkt stehen. Deshalb lassen wir uns nicht spalten. Dass wir in einer Welt voller Ungerechtigkeiten leben, liegt nicht am Konflikt zwischen Menschen im Globalen Norden und Globalen Süden, sondern am Konflikt zwischen Profitinteressen auf der einen und unseren Bedürfnissen auf der anderen Seite.

Bei der Lösung dieser Ungerechtigkeiten, können wir uns nicht auf die Regierungen verlassen. Während Staaten in außenpolitischen Auseinandersetzungen in der Regel versuchen, das Beste für ihr Land und die Profitabilität ihrer einheimischen Wirtschaft rauszuholen, geht es uns um ein gutes Leben für alle - nicht nur in Deutschland. Allzu oft wird das aber von einflussreichen Regierungen aufs Spiel gesetzt. Die deutsche Bundesregierung spielt oft eine besondere, aber keine besonders gute Rolle. Sei es die Abschottung an den EU-Außengrenzen, Kooperationen mit autokratischen Staaten, die Menschen im eigenen Land und in Nachbarregionen bekämpfen oder die unsoziale Sparpolitik, die Deutschland und die EU anderen Regierungen aufzwingt - Internationale Solidarität bedeutet für uns auch, dass wir uns gegen diese Art von Außenpolitik zur wehr setzen und hier in Deutschland Druck für Veränderung machen.

Um stark genug dafür zu sein und um genügend Druck für eine bessere Welt - hier vor Ort und überall anders - machen zu können, müssen wir viele sein. Deshalb arbeiten wir an einer starken linken gesellschaftlichen Bewegung, die in der Lage ist, politische Entscheidungen im Sinne aller Menschen weltweit zu beeinflussen. Für uns ist klar: Internationale Solidarität ist immer unumstößlicher Grundsatz unseres politischen Aktivismus - dafür machen wir Druck und dafür wollen wir junge Menschen begeistern.